

1 Antragsstellerin: SPD Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt Baden-Württemberg

2 An: Kleiner Landesparteitag SPD Baden-Württemberg

3 **Resolution: Zusammenhalt stärken - Der Islam gehört zu Deutschland.**

4

5 In der ersten Jahreshälfte wurden Debatten, auch von unserem Bundesinnen- und Heimatminister,  
6 befeuert, die Muslime entweder pauschal diffamieren oder ihre Zugehörigkeit zu Deutschland in Frage  
7 stellen. Vermehrt werden muslimische Mitbürgerinnen und Mitbürger zur Zielscheibe politischen  
8 Populismus und stehen seit Monaten unaufhörlich unter Beschuss der Rechtspopulisten, denen sich  
9 bedauerlicherweise insbesondere die CSU in ihrer Rhetorik immer weiter annähert. Gleichzeitig weist  
10 das Innenministerium 2017 1.000 Straftaten gegen Muslime, u.a. Hetzte, Hasskommentare, physische  
11 Angriffe und Anschläge auf Moscheen aus. In diesem gesellschaftlichen Klima diese, schon mehrfach  
12 geführte Debatte wieder anzufachen, ist besonders verantwortungslos. Wir Sozialdemokratinnen und  
13 Sozialdemokraten fordern den Innen- und Heimatminister dazu auf, nicht weitere Ausgrenzung zu  
14 betreiben, sondern vielmehr seiner verantwortungsvollen Aufgabe als Bundesinnenminister gerecht  
15 zu werden. Seine vielfältige Aufgabe reicht von der Rolle als Hüter der Verfassung, Förderer des  
16 gesellschaftlichen Zusammenhalts über Integration bis hin zu Sicherheitsaufgaben. Wir fordern daher  
17 den Bundesinnenminister auf, die Grundlage unserer modernen, pluralistischen Gesellschaft, nämlich  
18 die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu schützen. Sie ist der Garant dafür, dass mit allen  
19 Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes, und dazu gehören explizit auch Muslime, daran gearbeitet  
20 werden kann, dass unsere gemeinsame Heimat Deutschland ein sicherer und lebenswerter Ort für Alle  
21 ist.

22 Während es nach wie vor echte Integrationshemmnisse, insbesondere in der Bildung und auf dem  
23 Arbeitsmarkt gibt, führen solche Debatten, die ein Klima der Ausgrenzung und Diskriminierung  
24 schüren, zur gesellschaftlichen Spaltung. Gerade wenn es das Ziel ist, islamistischen Extremismus den  
25 Nährboden zu entziehen, wäre es sinnvoll, das Zugehörigkeitsgefühl der deutschen Muslimen zu  
26 stärken, statt diese weiter zu entfremden. Wir fordern alle Ministerinnen und Minister der Regierung,  
27 auch die der CSU, dazu auf, ihr Augenmerk stattdessen unter anderem auf die Beantwortung folgender  
28 Fragen zu legen:

- 29
- 30 • Wie kann ein modernes und gerechtes Einwanderungsgesetz gestaltet werden?
  - 31 • Wie kann die demokratische Teilhabe aller Mitbürgerinnen und Mitbürger gestärkt werden?
  - 32 • Wie können Schulen befähigt werden, die ihnen zugetragenen Integrationsaufgaben zu meistern?
  - 33 • Wie kann Diskriminierung beendet und Integration am Arbeitsmarkt vorangetrieben werden?

34 Wir, die SPD, stehen für ein Klima der Toleranz und Akzeptanz und lassen nicht zu, dass Bürgerinnen  
35 und Bürger unseres Landes zur Zielscheibe von Populisten werden. Die Politik muss Menschen  
36 zusammenbringen anstatt sie nach ihrer Herkunft, ihrem Glauben oder ihrer Hautfarbe  
37 auseinanderzutreiben.

38 Die SPD Baden-Württemberg solidarisiert sich vor diesem Hintergrund mit den Muslimas und  
39 Muslimen in Deutschland und will weiter ihren Beitrag dazu leisten, dass der gesellschaftliche  
40 Zusammenhalt gestärkt wird und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung geschützt wird.